



18. Wahlperiode

Drucksache 18/2430

HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Landesregierung erpresst Hochschulpräsidenten und kürzt unverantwortlich an der Lehre

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Hochschulen mit der in den kommenden Jahren weiter steigenden Zahl der Studierenden, mit mehr Betreuungsaufwand durch die Bologna-Reform und mit der seit Jahren zu niedrigen Grundfinanzierung vor der großen Herausforderung stehen, die Qualität des Studiums und der wissenschaftlichen Arbeit auf hohem Standard zu halten.
2. Daher kritisiert der Landtag die im Hochschulpakt 2011-2015 vorgesehenen Kürzungen in Höhe von 30 Millionen Euro. Diese Kürzung, aber auch die Verschiebung von weiteren 20 Millionen Euro weg von der Grundfinanzierung hin zum Erfolgsbudget, werden zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Lehre führen. Daher lehnt der Landtag die Vereinbarungen des Hochschulpaktes ab.
3. Der Landtag stellt fest, dass das Verhalten der Landesregierung beim Hochschulpakt 2011-2015 den Sinn eines Pakts – die gemeinsame Erarbeitung und die Verständigung über wichtige Ziele – ad absurdum geführt hat und kritisiert, dass die Landesregierung den Pakt einseitig diktiert hat. Wissenschaftsministerin Kühne-Hörmann und Finanzminister Weimar haben den Hochschulpräsidenten ganz unverhohlen mit weiteren Kürzungen gedroht, um sie zur Unterschrift des Hochschulpakts zu zwingen. Diesen Stil der Landesregierung gegenüber den Hochschulen hält der Landtag für unerträglich.

Wiesbaden, den 18. Mai 2010

Der Fraktionsvorsitzende:

Tarek Al-Wazir

Eingegangen am

Eilausfertigung am

Ausgegeben am